



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 11.02.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 17:13 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion
Donatus Schmidt	AfD-Stadtratsfraktion
Olaf Schöder	AfD-Stadtratsfraktion
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion
Guido Haak	CDU-Stadtratsfraktion
Katharina Kohl	SPD-Fraktion
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr.med. Detlef Wend	Volt/MitBürger
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle
Yvonne Krause	Fraktion FDP/FREIE WÄHLER
Marcel Funk	Sachkundiger Einwohner
Andreas Hemming	Sachkundiger Einwohner
Frederike Horn	Sachkundige Einwohnerin
Sarah Labusga	Sachkundige Einwohnerin
Tobias Otto	Sachkundiger Einwohner
Claudia Rohrbach	Sachkundige Einwohnerin
Martin Thiele	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Daniela Suchantke	Gleichstellungsbeauftragte
Dr. Christine Gröger	Leiterin Fachbereich Gesundheit
Sabine Ernst	Leiterin Fachbereich Soziales
Anne Malisch	Stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Ute Haupt	Fraktion Die Linke
Ina Schneegans	Sachkundige Einwohnerin
Olga Tidde	Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von **Herrn Haak** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Haak schlug vor folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 6.2.1

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt MitBürger) zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen (VIII/2024/00507)

Vorlage: VIII/2025/00722

- **Vorschlag: absetzen**
- **im Fachausschuss zurückgezogen**

und

TOP 6.2.1.1

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen - VIII/2025/00722

Vorlage: VIII/2025/00811

- **Vorschlag: absetzen**
- **im Fachausschuss zurückgezogen**

Er machte auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 6.1

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Vorlage von Gesamtübersichten von Leistungen an Zuwendungsempfänger

Vorlage: VIII/2024/00612

- **Änderung des Beschlussvorschlags und der Begründung**
- **Anlage hinzugefügt**

TOP 6.2

Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) und der CDU-Fraktion zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen

Vorlage: VIII/2024/00507

- **Änderung der Antragssteller und des Beschlussvorschlags**

Es gab keine Wortmeldungen. Somit bat **Herr Haak** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
- 3.1. Fragesteller 1 zur Vogelgrippe
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.01.2025
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Vorlage von Gesamtübersichten von Leistungen an Zuwendungsempfänger
Vorlage: VIII/2024/00612
- 6.2. Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) und der CDU-Fraktion zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen
Vorlage: VIII/2024/00507
- 6.2.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt MitBürger) zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen (VIII/2024/00507)
Vorlage: VIII/2025/00722 **ABGESETZT**
- 6.2.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen - VIII/2025/00722
Vorlage: VIII/2025/00811 **ABGESETZT**
7. Mitteilungen
- 7.1. Jahresplanung 2025
Vorlage: VIII/2025/00853
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu einer Kampagne gegen sexuelle Belästigungen
Vorlage: VIII/2025/00774
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.01.2025
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten

13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zur Vogelgrippe

Fragesteller 1 äußerte seine Bedenken hinsichtlich der Reaktionen auf potenzielle Pandemien, insbesondere die Vogelgrippe. Er bezog sich auf veröffentlichte Informationen des Robert-Koch-Instituts und hinterfragte deren Glaubwürdigkeit. Er kritisierte, dass viele Maßnahmen und Entscheidungen auf politischer Ebene ohne ausreichende wissenschaftliche Grundlage getroffen wurden, was zu einer unnötigen Panik geführt hat. Er regte an, in Zukunft kritischer zu sein und die Informationen sorgfältiger zu prüfen.

Frau Brederlow bezog sich auf die Vergangenheit und sagte, dass die ganzen Vorgänge, die mit der Covid-Pandemie zu tun hatten, momentan aufgearbeitet werden. Weiter sagte sie, dass die Stadt sich an die Regularien hält, die von der Bundesrepublik gelten. Sie bezog sich auf die Vogelgrippe und sagte, dass ihr nicht bekannt ist, dass Gespräche hierzu stattfinden.

Fragesteller 1 fragte, ob es Entschuldigungen seitens der Regierung gab, dass in der letzten Pandemie viele Unwahrheiten ausgesprochen wurden.

Frau Brederlow sagte, dass die Aufarbeitung der letzten Pandemie gerade stattfindet und sich zeigen wird, welche Fehler gemacht wurden und wo richtig gehandelt wurde.

Fragesteller 1 sagte, dass neue Krankheiten oder neue Viren skeptisch zu betrachten sind.

Frau Brederlow sagte, dass das Corona-Virus ein tatsächlich nachgewiesenes Virus ist, das bis heute nachweisbar ist. Sie sagte, dass sie sich an den Spekulationen nicht beteiligen kann.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.01.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 14. Januar 2025. **Herr Haak** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.1 **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Vorlage von Gesamtübersichten von Leistungen an Zuwendungsempfänger** **Vorlage: VIII/2024/00612**

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Haak

6.1, Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Vorlage von Gesamtübersichten von Leistungen an Zuwendungsempfänger. Ja, Herr Schmidt.

Herr Schmidt

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Damen und Herren, uns als Stadträten obliegt es, Steuergeld an Zuwendungsempfänger mittels Mehrheitsentscheidungen in Ausschüssen zu organisieren. Unser Handeln spiegelt sich dann in den entsprechenden Förderkulissen. Dabei haben wir immer wieder abzuwägen, welche Auswirkungen unsere Entscheidung für die Stadt haben wird. Dafür benötigen wir alle relevanten Informationen, die uns helfen, hier fundierte, seriöse Entscheidungen zu treffen.

Die Stadtverwaltung hat sich in ihrer Stellungnahme zur überörtlichen Prüfung von Kommunen mit dem Schwerpunkt Organisation im kommunalen Beteiligungsmanagement verpflichtet, alle relevanten Zuwendungen an Fördermittelempfänger, auch Leistungen anderer Fördermittelgeber und sonstige Vergünstigungen, wie zum Beispiel kostenfreie oder vergünstigte Überlassung von Gebäuden und Räumen zu erfassen, um diese dann kumulativ je Empfänger betrachten zu können. Diese kumulative Betrachtung stellt ein unverzichtbares Instrument für die Arbeit der Stadträte dar. Denn die Auswirkung der Bewilligung bzw. der Versagung von Fördermitteln auf die Fördermittelempfänger kann nur dann bestmöglich eingeschätzt werden, wenn den Stadträten alle relevanten Informationen zugänglich und übersichtlich vorliegen. Ein zusätzlicher Aufwand für die Verwaltung entsteht hier freilich auch nicht. Die Verwaltung fertigt zukünftig diese kumulativen Übersichten ohnehin. Nun begründete die Verwaltung ihre Ablehnung erst mit dem unzutreffenden Argument, alles wäre dem Stadtrat bereits zugänglich, obwohl die überörtliche Prüfung genau das Fehlen einer solchen Gesamtübersicht monierte. Und als dies durch uns widerlegt wurde, seit Neuestem, mit der Begründung, der Stadtrat hätte mit seinem Beschluss VIII/2024/00442 aus dem Dezember 2024 implizierend alle in unserem Antrag geforderten Aktivitäten bereits zugesagt.

Tatsächlich lautete der Stadtratsbeschluss: Der Stadtrat nimmt den Prüfbericht des Landesrechnungshofes zur Kenntnis und beschließt die Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Organisation des EU-Beihilferechts im kommunalen Beteiligungsmanagement.

Weder im Beschlusstext noch in der Anlage dessen ist allerdings die Verpflichtung zur Vorlage

an den Stadtrat, die unser Antrag vorsieht, die Rede. Die Einlassung der Verwaltung ist deshalb hier unzutreffend.

Vielen Dank.

Herr Haak

Frau Brederlow?

Frau Brederlow

Ich kann nur darauf verweisen, dass die Stellungnahme der Stadtverwaltung damals im Stadtrat beschlossen wurde. Die ist beschlossen worden. Den Bericht des Landesrechnungshofes können Sie ja nur zur Kenntnis nehmen. Da ist ja nichts zu beschließen, aber die Stellungnahme sehr wohl. Und da ist das mit drin, dass das erstellt wird.

Herr Haak

Dann würde ich die Diskussion eröffnen.

Herr Schmidt

Ja, aber da fehlt eben die kumulative Zusammenstellung. Das heißt, die Informationen werden uns schon irgendwie Kraut und Rüben vorgelegt, aber dass es so zusammengefasst wird, dass man tatsächlich eine verwertbare Übersicht hat über das Gesamtmaß dessen, was das Projekt oder der Verein bekommt, vom Land, vom Bund, vielleicht von der EU, Sach- und andere Geldwerteleistungen und von der Stadt. Also, dass man da komplett sieht, wie viel bekommt der Verein insgesamt und von wem. Dass das aufgeschlüsselt jeweils auch übersichtlich dargestellt wird. Diese übersichtliche Darstellung, die fehlt eben. Und das wissen Sie ganz genau, dass die fehlt.

Herr Haak

Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner

Ich würde mich gerne vergewissern, dass das ursprüngliche Anliegen, das ja jetzt in der neuen Version verändert ist, tatsächlich auch von den Antragstellern als erledigt betrachtet wird, nämlich gewissermaßen die Zuwendungsübersicht an die einzelnen Zuwendungsempfänger aufgelistet zu bekommen. Das war vor Jahren Gegenstand eines CDU-Antrages, und das ist erfolgt. Und ich rechne im zweiten Quartal auch mit der Übersicht für das Jahr 2024.

Jetzt taucht aber nun die Verknüpfung mit dem Prüfbericht für die überörtliche Prüfung auf. Und da ist jetzt einfach mal die Frage an die Stadtverwaltung, ist das jetzt nicht ein ganz anderer Sachverhalt? Denn die überörtliche Prüfung ist, wenn ich das richtig verstanden habe, ja eine beihilferechtliche Frage. Das heißt, es wird gefragt, inwieweit gewissermaßen beihilferechtliche Grundsätze des EU-Rechts und anderes verletzt werden.

Da muss ich eigentlich sagen, das ist dann insofern ein anderer Punkt, als ein Großteil der Zuwendungsempfänger, die uns in unserem Antrag damals interessiert haben, Gemeinnützigkeitsstatus haben. Und wir wollten einfach wissen, wie sich die Haushaltsaktivitäten verteilen.

Wenn es jetzt um die beihilferechtliche Fragen der überörtlichen Prüfung geht, dann habe ich es mit Wirtschaftssubjekten zu tun und diejenigen, die vielleicht für unsere Haushaltsberatung von besonderem Interesse sind, spielen dann eigentlich, oder die tauchen dann gar nicht auf, oder stehen jedenfalls nicht im Fokus. Ich habe so einen Prüfbericht noch nie gelesen.

Insofern will ich einfach die Antragsteller fragen, ob sie sich denn damit selber im Dienst erwiesen haben, das eigentliche Anliegen ist erledigt, jetzt auf die überörtliche Prüfung umzugehen und die Verpflichtung, die wir auch als Stadtrat in dem Zusammenhang eingegangen sind. Denn das führt uns jetzt in einen ganz anderen Bereich. So jedenfalls meine Vermutung.

Herr Schmidt

Also, uns geht es tatsächlich nur darum, dass man sehen kann, wie viele Gelder erhält ein Projekt oder ein Verein ohnehin, ohne dies. Das macht es einem einfacher, auch zu sehen, wie ist da denn die allgemeine Lage dieses Projektes. Wie abhängig ist dieses Projekt von einer städtischen zusätzlichen Förderung zum Beispiel oder besteht vielleicht für ein anderes Projekt, was eben keine zusätzlichen Gelder bekommt, noch eher der Bedarf. Dass man also tatsächlich auch abwägen kann und da auch kein Unrecht tut, weil einem einfach Informationen fehlen. Das einfach übersichtlich zusammengestellt wäre schon ein großer Dienst.

Herr Dr. Bergner

Also, wir teilen ja das Interesse, aber Sie sagen ja, es sind Vereine und ich kann mir schwer vorstellen, wie gewissermaßen die beihilferechtliche Prüfung beim gemeinnützigen Verein, welche Relevanz die hat. Das heißt, wir kriegen ein ganz anderes Spektrum an Analyse in dem Bereich, den Sie jetzt zum Ausgangspunkt Ihres Antrags machen. Deshalb, das Erste ist erledigt und das Zweite ist nicht sinnvoll. So ist unsere Position.

Herr Haak

So wie ich das verstanden habe, nimmt die Stadtverwaltung diesen neuen Aspekt nochmal mit und würde nochmal eine neue Stellungnahme dazu.
Herr Schachtschneider.

Herr Schachtschneider

Vielleicht passt die Frage sogar rein. Ich meine, Punkt 1 bis 3 ist ohnehin ja in diesem Ausschuss, sind wir nicht wirklich zuständig. Ich weiß, dass natürlich verwiesen worden, wir sind mit Punkt 4.

Punkt 3 würde ich mal was dazu sagen, weil ich habe das nämlich auch mal probiert. Ich weiß nicht, ob da der Datenschutz, zum Beispiel, datenschutzrechtliche Belange dem im Wege stehen. Denn ich hatte das Sponsoring eines kommunalen Unternehmens auch mal hinterfragt und das war eine äußerst heikle Kiste, wo man dann einzeln ohne Notizen, ohne Foto, ohne Kopien oder sowas sich informieren könnte. Ähnlich, wenn ich Akteneinsicht beantrage.

Also es war meine Frage, ginge das datenschutzrechtlich jetzt in der Größenordnung, wo es hin zählt, also alle sämtlichen Vergünstigungen von sämtlichen kommunalen Unternehmen?

Herr Haak

Frau Brederlow.

Frau Brederlow

Also, Sie haben ja richtig gesagt, dass es hier eigentlich nur um den einen Punkt gehen kann, nämlich die Förderung der Wohlfahrtspflege, nichts Anderes. Da sind keine kommunalen Unternehmen beteiligt, es sei denn, sie unterstützen einen Träger, das kann natürlich sein. Aber auch das ist ja dann meist zweckgebunden und wird in der Regel ja auch veröffentlicht.

Also da sehe ich jetzt nicht das große Problem, die Frage ist tatsächlich der Sinn des Ganzen.

Und das ist die Frage, die Sie hier zu entscheiden haben.

Herr Haak

Herr Schöder.

Herr Schöder

Ja, für mich tun sich da auch ein paar Fragen auf und die ganze Situation hat sich wahrscheinlich ein bisschen verändert. Und da frage ich Sie natürlich, Frau Brederlow, es ist

natürlich ein neuer Aspekt durch das Landesverwaltungsamt hier mit reingebracht worden. Und der liegt mir jetzt gerade hier vor, den letzten Satz habe ich mir da gerade nochmal aufgeschrieben. Für den Bereich der betreuten Dritten sollte die Stadthalle sowohl für die eigenen Zuwendungen als auch in Bezug auf Förderung Mittelprogramme Dritter Übersichten zu den einzelnen Jahren an die jeweiligen Empfänger gewähren, Mittel erstellen, pflegen und den zuständigen Bereich zur Verfügung stellen. Mit dieser Übersicht kann die Stadthalle sicherstellen, dass die jeweils nach EU-Beihilferecht geltenden unterschiedlichen Schwellenwerte gehalten werden.

Das erweitert diese ganze Geschichte natürlich. Wie gehen wir damit um? Das ist für mich jetzt die Frage.

Frau Brederlow

Ich kann mich da nur nochmal wiederholen. Das ist in der Stellungnahme der Stadtverwaltung durchaus klar beschrieben, dass das künftig erfolgen wird, dass dazu eine Stelle extra im Rechtsamt auch geschaffen wird. Das ist ja auch dort mit beschrieben. Und dass das transparent dargestellt wird. Also, insofern ist das eine Selbstverpflichtung, die Sie auch im Stadtrat tatsächlich auch als Stellungnahme beschlossen haben und die somit umzusetzen ist.

Herr Haak

Weitere Fragen? Die sehe ich nicht. Dann würde ich die Abstimmung eröffnen.

Zuerst würde ich die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner fragen, wer dem Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zustimmen kann. Dann bitte ich um das Ja-Zeichen. Eine. Eine Enthaltung. Und Ablehnung? Das sind fünf.

Ich bitte die Stadträtin um das Votum. Wer dem Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zustimmen kann, bitte ich um das Ja-Zeichen. Das sind drei. Wer lehnt ab? Fünf. Und wer enthält sich? Eine Enthaltung. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung legt dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) jährlich in seiner Sitzung im September Übersichten über alle eigenen Leistungen an die jeweiligen im Kalenderjahr bewilligten Zuwendungen aus Bewilligungen aufgrund folgender Sachverhalte vor:

1. Der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit.
2. Der Richtlinie über die Förderung der freien Jugendhilfe.
3. Richtlinie über die Gewährung zur Förderung des Sportes.
4. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit.

Zur inhaltlichen Vervollständigung hierzu auch die Leistungen anderer öffentlicher Mittelgeber erfasst und ausgewiesen.

Es sind alle relevanten Leistungen, auch sonstige Vergünstigungen, wie z.B. kostenfreie oder vergünstigte Überlassung von Gebäuden und Räumen zu berücksichtigen.

Die gewährten Leistungen sind kumulativ je Empfänger auszuweisen.

zu 6.2 Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) und der CDU-Fraktion zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen
Vorlage: VIII/2024/00507

Herr Dr. Wend führte in den Antrag und erklärte, dass er sich im Vorgang mit der CDU auf einen gemeinsamen Antrag verständigt hat. Er sagte, dass sich die soziale und auch ethnische Segregation in den halleschen Grundschulen spiegelt und abbildet. Es gibt viele Kinder mit erheblichen Sprachproblemen und auch mit Entwicklungsproblemen.

Frau Brederlow sagte, dass die Stadt bereits einiges in diesem Zusammenhang tut und bezog sich dabei auf das Startchancenprogramm, welches bald beginnt. Sie bezog sich auf den geänderten Antrag und sagte, dass die Stadtverwaltung eine Zustimmung empfiehlt, um an dieses Thema stärker heranzugehen.

Herr Dr. Bergner sagte, dass es keine Patentlösung für das Problem gibt, jedoch sollte man daran arbeiten. Der Antrag ist offen genug, um weitere Ideen in die Problematik einfließen zu lassen.

Herr Heinrich sagte, dass der Antrag die tatsächlichen Ursachen nicht anspricht. Er wies darauf hin, dass das eigentliche Problem an den offenen Grenzen liegt. Er sprach den Mangel an Erziehern und Lehrkräften sowie die schwächelnde Wirtschaft an. Er sagte, dass die wahren Ursachen benannt werden müssen, um das Problem effektiv zu lösen.

Frau Brederlow sagte, dass das Thema soziale Segregation nicht neu ist. Dies begleitet die Bundesrepublik seit vielen Jahren. Sie verwies auf die PISA-Studien, die lange vor 2015 in Deutschland eine Rolle gespielt und die gezeigt haben, dass es in Deutschland ein starkes Gefälle sozioökonomischer Ursachen gibt. Dies liegt vor allem an dem Thema Einkommensarmut und an dem Schulsystem, was hier nicht Thema sein kann. Sie bezog sich auf die Einkommensarmut und sagte, dass die Eltern in der Argumentation ein bisschen herunterfallen.

Herr Schachtschneider bezog sich auf die Diskussion im Bildungsausschuss, wo alternative Lösungen erörtert und festgestellt wurden, dass mehr Sprachlehrer benötigt werden, um die Überforderung von Lehrern in Klassen mit einem hohen Migrantenanteil zu vermeiden. Zudem wies er darauf hin, dass Faktoren wie Wohnen, Einkommen und Bildung eng miteinander verknüpft sind. Durch eine Entmischung der Kinder in den Kitas könnte man ihnen die Möglichkeit geben, mit anderen Kindern in Kontakt zu treten.

Herr Schöder sagte, dass es gegenwärtig keine klare Lösung gibt, aber den Antrag unterstützt, da er ein wichtiges Thema anspricht. Er verwies auf die Erfahrungen mit vielsprachigen Kindern in der Oper und betonte die Bedeutung von Gestik zur Verständigung. Er sagte, wenn man Kindern aus verschiedenen Hintergründen die Möglichkeit gibt, frei zu spielen, auch Eltern mit einbeziehen kann. Er betonte die Wichtigkeit der Elternbeteiligung bei solchen Initiativen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Haak** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis Sachkundige Einwohner: zugestimmt nach Änderungen

Abstimmungsergebnis Stadträte: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Handlungsalternativen zur Minderung der Auswirkungen der sozialen und ethnischen Segregation auf die halleschen Grundschulen zu ~~entwickeln und~~ **prüfen und durch einen interkommunalen Vergleich sowie Austausch mit dem Bildungsministerium alternative Lösungen und Handlungsoptionen zu prüfen daraus Handlungsoptionen aufzuzeigen, die in der Stadt Halle (Saale) umsetzbar sind und das Ergebnis dem Stadtrat schnellstmöglich vorzulegen.** Dabei sind neben Möglichkeiten zur strategischen Anpassung der Schulbezirke auch weitere bestehende ~~Handlungsoptionen aufzuzeigen~~ **Handlungsmöglichkeiten zu prüfen.**
 - a. ~~Ziele sollen u.a. eine gleichmäßigere Verteilung von Grundschulern mit unzureichender deutscher Sprachkompetenz und von Kindern unterschiedlicher sozioökonomischer Herkunft auf die Grundschulen im Stadtgebiet sein.~~ **Ziel sind gerechtere Bildungschancen für Kinder unterschiedlicher sozioökonomischer Herkunft und mit geringerer deutscher Sprachkompetenz durch mehr Kontakte mit Muttersprachlern, dies unter anderem durch eine gleichmäßigere Verteilung derer mit Unterstützungsbedarf.**
 - b. Hinsichtlich möglicher Anpassungen der Schulbezirke **bei zu hoher Zahl an Kindern mit geringer deutscher Sprachkompetenz oder über individuelle Anträge der Eltern, beispielsweise bei einer hohen Quote zur Sprachförderung an Grundschulen,** sollen auch Alternativen geprüft werden, die zu einer vertretbaren Überschreitung einer Schulweglänge von 2.000 m führen würden bzw. führen könnten.
 - c. Für jede Handlungsoption sind die jeweiligen Vor- und Nachteile, zur Umsetzung erforderliche Beschlüsse sowie etwaige Kosten darzustellen **sowie die Anzahl an Kindern je Schule mit Sprachförderbedarf (Deutsch).**
2. Der Bildungsausschuss ist ~~fortlaufend, mindestens jedoch alle zwei Monate,~~ **einmal im Quartal** über den Stand der Erarbeitung zu informieren.

zu 7 **Mitteilungen**

Herr Haak informierte, dass die Mitteilung unter TOP 7.1 in Session hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 7.2 **Mitteilung zum Wohnungslosenbericht**

Frau Ernst wies auf den Wohnungslosenbericht der Bundesregierung hin, der im Rahmen des Jahreskongresses des Nationalen Forums gegen Wohnungslosigkeit im Januar 2025 vorgestellt wurde. Sie sagte, dass damit umfangreiche Informationen und Analysen zu Wohnungslosigkeit in Deutschland vorliegen.

Weiter informierte sie über die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit 2024. Sie sagte, dass einige der bundesweiten Maßnahmen bereits im Ausschuss diskutiert wurden, darunter das Wohngeld und der soziale Wohnungsbau. Weitere Maßnahmen sind die Erarbeitung von Empfehlungen zu Standards der

Unterbringung in Notunterkünften, zum Beispiel von Kindern und Frauen, sowie die medizinische Versorgung. Beide Berichte werden den Ausschussmitgliedern im Nachgang der Sitzung zur Verfügung gestellt.

zu 7.3 Mitteilung zum "One Billion Rising Day" am 14.02.2025

Frau Suchantke informierte über die Veranstaltung „One Billion Rising“ am 14.02.2025, ein Aktionstag gegen Gewalt an Frauen. Es ist ein Flashmob auf dem Marktplatz vor dem Stadthaus geplant.

zu 7.4 Mitteilung zur Ausstellung "Frauen im geteilten Deutschland" am 05.03.2025

Frau Suchantke informierte über die bevorstehende Plakatausstellung „Frauen im geteilten Deutschland“, die am 05.03.2025 vor dem Standesamt im Ratshof eröffnet wird. Die Ausstellung thematisiert die Rolle von Frauen und die Gleichstellungspolitik in der BRD und DDR. Hintergrund ist der 35. Jahrestag der Wiedervereinigung.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.2 Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend zum Suchtpräventionskonzept

Herr Dr. Wend fragte nach dem aktuellen Stand zum Suchtpräventionskonzept.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass an der Konzeption gearbeitet wird und erste Absprachen mit Externen erfolgen. Sie sicherte eine ausführliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider zu Waschbären

Herr Schachtschneider wies darauf hin, dass an der Ecke Kreuzvorwerk viele Waschbärenfamilien unterwegs sind. Er fragte, was gegen diese Waschbärenplage unternommen werden kann.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass dies ein Thema für den Ausschuss Klimaschutz, Umwelt und Ordnung ist. Sie sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.4 Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend zur Bezahlkarte

Herr Dr. Wend bezog sich auf die Bezahlkarte und die Positiv- und Negativliste. Er fragte, ob es neuere Informationen in Bezug auf Einzugsermächtigung für Handyverträge gibt.

Frau Ernst antwortete, dass das Land die Positivliste in der 10. Kalenderwoche vorlegen will. Damit können dann Lastschriften, beispielsweise für das Deutschlandticket oder Handyverträge, eingerichtet werden. Weiter sagte sie, dass die Stadt übergangsweise bestimmte Überweisungen durchführen kann. Ein entsprechendes Formular wurde allen Hilfeempfängern bei der Übergabe der Bezahlkarte ausgehändigt.

zu 8.5 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider zur Bezahlkarte

Herr Schachtschneider bezog sich auf die Bezahlkarte und fragte nach dem aktuellen Stand der Kartenausgaben.

Frau Ernst antwortete, dass die Stadt aktuell durchschnittlich 400 Bezahlkarten im Monat ausgibt. Sie sagte, dass etwa 25 Prozent der Leistungsberechtigten ihre Termine nicht wahrnehmen und alternative Termine angeboten werden. Die Ausgabe der Bezahlkarte soll bis Ende März 2025 abgeschlossen sein. Im Zusammenhang mit der Ausgabe der Bezahlkarte sind vermehrt Nachfragen zu Lastschriften aufgetreten. Die Bereitstellung der Positivliste durch das Land ist deshalb dringend notwendig.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Anregung des Sachkundigen Einwohners Andreas Hemming zu Sachspenden für obdachlose Menschen

Herr Hemming berichtete von einem Gespräch mit einer ehrenamtlichen Mitarbeiterin des Vereins Bus Vierjahreszeiten, die erwähnte, dass das Ordnungsamt und die Polizei sie öfter nachts kontaktieren, um obdachlosen Menschen mit Sachspenden (die Decken, Schlafsäcke oder Kleidung) zu helfen.

Er regte an, im Büro des Ordnungsamtes auf dem Marktplatz solch einen Fundus zu lagern, um obdachlosen Menschen in Notsituationen zu helfen.

Die Verwaltung nahm die Anregung auf.

Es gab keine Anregungen.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, **Herr Haak**, beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Guido Haak
Stellvertretender Ausschussvorsitzende

Anne Malisch
Stellvertretende Protokollführerin